

Maßnahmen

A. Natur, Landschaft und Landwirtschaft

1.	Pflanzung eines Agendawaldes zwischen Friedberg und Bad – Nauheim
2.	Förderung eines Beweidungsprojektes in Dorheim
3.	Keine Standweide, sondern Umtriebsweiden mit möglichst kleinräumigen Wechsel des Bewirtschaftungszeitraumes
4.	Schaffung von Sonderbiotopen im Wald und Vernetzung durch gezielte Bestandsbehandlung
5.	Ausweisung von Altholzinseln
6.	Erhalt und Pflege historischer Nutzungsformen (z.B. Niederwald)
7.	Ernteverpachtung von Obstbäumen, die vom Eigentümer nicht geerntet werden
8.	Erhalt und Neuschaffung von Vernetzungselementen bei Streuobstwiesen
9.	Erhalt von Höhlen und Spalten beim Baumschnitt
10.	Erhalt eines mäßigen Totholzanteils unterschiedlicher Stärken am Baum
11.	Erhalt einzelner abgestorbener Bäume
12.	Beenden des Winterschnittes bis zum Beginn der Brutzeit Anfang März
13.	Vermarkung von Streuobstprodukten:
a.	Tafeläpfel zum Frischverzehr
b.	Kelteräpfel für Saft und Wein
c.	Steinobst für Obstbrände
d.	Marmeladen
e.	Heugewinnung insbesondere für Pferdehalter
f.	Fleisch von Weidetieren
g.	Bienenhonig
14.	Vermeidung von Müllablagerungen in der Landschaft
15.	Grundreinigung der Hohlwege
16.	neue Alleen werden angelegt (Konferenz)
17.	Streusalz verboten (Konferenz)
18.	Begradigte Flussläufe werden renaturiert (Konferenz)
19.	Seewiese als Naherholungsgebiet! Seewiesenteich einrichten (Konferenz)
20.	Ökolog. Landbau wird gezielt vorangetrieben und gefördert (Konferenz)

B. Jugend, Soziales, Bildung, Kultur und Sport

1.1.	Friedberg bekennt sich zur projektorientierten Beteiligung von Jugendlichen an allen Entscheidungen, die sie mittelbar oder unmittelbar betreffen. Die Schulen als Orte, an denen die betroffenen Kinder und Jugendliche sich jeweils aufhalten, werden als Informationsort dafür genutzt, die Jugendlichen für Projektbeteiligung zu gewinnen.
1.2.	Der Kreisschülerrat (Abteilung Friedberger Schulen) wird über alle anstehenden Fragen und Probleme informiert und an der Mobilisierung beteiligt.
1.3.	In Zusammenarbeit mit dem Stadtjugendring werden die politischen Vorgänge daraufhin untersucht, ob und inwieweit sie Jugendliche betreffen und wie die Beteiligung von Jugendlichen konkret aussehen soll.
1.4.	In Institutionen findet die Beteiligung der Betroffenen direkt statt.
1.5.	Projektbezogene Partizipation von Kindern und Jugendlichen zur Umgestaltung der Spielplätze und Schulhöfe, Beteiligung an eventuellen Baumaßnahmen
1.6.	Umwidmung von verkehrsarmen Straßen zu verkehrsberuhigten Zonen (Spielstrassen), Schaffung von Spielmöglichkeiten
1.7.	Schaffung eines Agenda - Hauses: Haus der Begegnung (ökologisch gestaltet & einfach gebaut oder leerstehendes Haus, Blockhütte)
1.8.	Freizeitkalender und Übersichtsplan über alle Aktivitäten in der Stadt, Aufnahme in die Friedberger Homepage
1.9.	Schaffung einer zentralen Jugendfreizeiteinrichtung, Beteiligung der Jugendlichen an der Konzeption schon vor dem Bau und am späteren Betrieb
1.10.	Erhalt und Ausbau der dezentralen Angebote, vor allem in den Stadtteilen, unter Berücksichtigung der „Lückekinder“. Einsatz von qualifiziertem Betreuungspersonal
1.11.	Jugenddisco für verschiedene Altersgruppen
1.12.	Bekanntmachung des Agenda - Gedankens an Schulen und Kindertagesstätten, z.B. durch Kunst- und Malaktionen mit anschließenden Wanderausstellungen.
1.13.	Beschlussfassung in schulischen Gremien im Hinblick auf die Aufnahme von Agendazielen in das Schulprogramm, Gewinnung einer Friedberger Schule als Agenda – Schule
1.14.	Aktivitäten in Richtung Nachhaltigkeit an Schulen und Kindertagesstätten. Dazu Erarbeitung und Einsatz von umweltpädagogischen Maßnahmen
1.15.	Beteiligung von Jugendlichen an der Gestaltung von Schule und Unterricht
1.16.	Förderung von bereits vorhandenen Ansätzen an den Schulen und Kindertagesstätten durch gemeinsame Ausstellung z.B. am internationalen Aktionstag der Unesco Schulen als Ideenbörse und Vernetzungsgelegenheit
1.17.	Soziale Angebote und Sportangebote von Vereinen für unorganisierte Jugendliche
1.18.	Bürger planen Kulturveranstaltungen, Unterstützung bei geeigneten Räumlichkeiten durch Stadt und andere
1.19.	Frauenhaus, Frauenzentrum, Altentagesstätte, Altenclub und Mädchentreff Klara sowie die sozialpädagogischen Schülerhilfen und Betreuungsangebote an Grundschulen werden finanziell gesichert
1.20.	Das bestehende Angebot an Kindertagesstätten und Kinderhorten wird erhalten und ausgebaut. Sie arbeiten nach dem

Prinzip der Gemeinwesenorientierung. Das Angebot von Kinderkrippenplätzen, auch Familiengruppen, wird vergrößert. Die Versorgung soll - auch in den Ortsteilen - wohnortnah erfolgen. Um die Berufstätigkeit von Frauen zu ermöglichen, wird eine Betreuungszeit von 8 bis 14 Uhr angeboten. Private Träger wie Kirchen und Kinderhaus werden weiter in das Angebot einbezogen und gefördert.
1.21. Schaffung von runden Tischen zur Bürgerbeteiligung bei allen wichtigen Fragen und Planungen in den Wohnquartieren
1.22. Schaffung einer gemeinsam besetzten Organisations- und Schlichtungsstelle zwischen deutschen und nichtdeutschen BewohnerInnen in Zusammenarbeit mit dem Ausländerbeirat.
1.23. Jährliches internationales Sommerfest
1.24. Unterschriftensammlung für Toleranz gegenüber ausländischen MitbürgerInnen und deren Veröffentlichung
1.25. Auf den Ortschildern wird die Inschrift: Ausländerfreundliche Stadt angebracht
1.26. Fußballspiel zwischen Mannschaft von Ausländern und Stadtpolitikern mit entsprechender
1.27. Enger Kontakt zu den Amerikanern in Friedberg
1.28. Besondere Beteiligungsprozesse für Mädchen und junge Frauen
1.29. Besondere Beteiligungsprozesse für ausländische Kinder
1.30. Organisation von Nachbarschaftshilfe für alte, alleinstehende Menschen
1.31. Organisation von Wohnungstausch zwischen alten, alleinstehenden Menschen und jungen Familien mit zu kleinen Wohnungen
1.32. Die Zusammenarbeit und der gegenseitige Austausch zwischen den verschiedenen religiösen Gemeinschaften in Friedberg wird angestrebt.
1.33. Sozialpädagogische Angebote für ausländische Kinder, jugendliche Spätaussiedler und Migranten, Hausaufgabenhilfe und Förderung
1.34. Gründung eines Altenbeirates
1.35. Demokratie lernen: Projekte in Schulen zur gegenseitigen Achtung und Entwicklung des Rechtsbewusstseins z.B. Anregungen aus Rheinland-Pfalz übernehmen

3.1	Musikgruppen im Rahmen der Verschwisterungsfeste und des Austausches
3.2	Internationale Kontakte pflegen und verstärken - Unterstützung des Europaclubs Friedberg
3.3	Einen Bezug im Agenda - Prozess zu den Friedberger Partnerstädten herstellen
3.4	Nutzung von Internet - Kontakten zu ausländischen Schulen und Projektgruppen, am besten durch Schulklassen
3.5	Suche einer Partnerstadt in einem Krisengebiet zum direkten Austausch (z.B. ehemaliges Jugoslawien) sowie in einem Land der 3. Welt (Wie der Wetteraukreis mit Guinea Bissao)
3.6	Öffentlichkeitsarbeit zur Hilfe bei der Bewältigung von Problemen dort
3.7	Vernetzung von Schulen und Jugendlichen, Umgang mit den neuen Medien für soziales Engagement

4.1	Nutzung von nur zeitweise genutzten oder leerstehenden Räumen und Häusern für soziale Zwecke, Jugendliche, Jugendgruppen und Partizipationsgruppen (Schlafräume im Winter für Obdachlose)
4.2	Kontaktaufnahme zum Schulträger zu diesem Zweck
4.3	Beteiligung der Eigner, Nutzer und der Nachbarschaft (Anwohner) zur Gewährleistung des pfleglichen Umgangs mit dem privaten und öffentlichen Umfeld
4.4	Anregung der Gründung von Initiativen, in denen alle betroffenen Gruppen mitarbeiten
4.5	Anregung von Stadtteil - und Straßenfesten zur Überwindung der Anonymität
4.6	Planstellen schaffen z.B. für betreute Nutzung von Schulräumen, -höfen und Sporthallen. Das Hausmeisterproblem anpacken.
4.7	Angebot von Vereinen für öffentliche Jugendarbeit, z. B. Mitternachtsbasketball in Turnhallen oder auf Sportplätzen
4.8	Bereitstellung eines Großschachplatzes in einer öffentlichen Anlage, die Ruhe bietet (z. B. Lutheranlage); Betreuung durch interessierte BürgerInnen (z.B. Kaufhaus Joh)
4.9	Aufstellung eines Zeit- und Nutzungsplanes für öffentlich nutzbare Gebäude unter Beteiligung aller Betroffenen, Festlegung von Verantwortlichkeiten
4.10	Bereitstellung von Spielmöglichkeiten auf verkehrsberuhigten Straßen, wo Kinder und Jugendliche sich begegnen und gemeinsam spielen können.
4.11	Internetcafe außerhalb kommerzieller Nutzung
4.12	Internettreff im Jugendzentrum oder - von der Stadt angeboten - im Klosterbau, Nutzung von Schulanschlüssen auch außerhalb der Schulzeiten

5.1	Berufliche Weiterbildung, Angebote zur Persönlichkeitsbildung oder zur politischen Bildung, zur Information sowie zur spirituellen Orientierung werden als gleich wichtig anerkannt und finanziell ebenbürtig gefördert.
5.2	Zusammenarbeit zwischen Arbeitsamt, Betrieben, Kammern (IHK und Handwerkskammern) und Schulen zur Heranführung von Jugendlichen ans Arbeitsleben. Jugendliche richten ihre Treffs selbst ein, werden an Baumaßnahmen beteiligt, möglichst unter Anleitung von Handwerkern und anderen Fachkräften
5.3	Förderung der Zusammenarbeit zwischen schulischen und außerschulischen Institutionen, Betrieben u.ä., stärkere Orientierung von Bildung und Ausbildung an gesellschaftlichen Vorgängen und Bedürfnissen, weitere Öffnung der Schulen
5.4	Erhalt und Ausbau bisheriger Angebote
5.5	Erhalt und Ausbau der Angebote der Volkshochschule
5.6.	Angebot von Kinderbetreuung für Eltern, die an Fortbildungsmaßnahmen teilnehmen

6.1	Stadtführung für Jugendliche und Familien mit Kinder
6.2	1 Mal im Monat freier Eintritt ins Museum für Familien und Kinder, Ausarbeitung von museumspädagogischen Angeboten (historische Stadtrallye u.ä.) in Museum und Stadt
6.3	Schaffung von Leseclubs und Erzählcafes in Zusammenarbeit mit älteren Mitbürgern und anderen Personen öffentlichen Interesses, Erzählungen über wichtige Ereignisse in der Vergangenheit, Schaffung von historischem Bewusstsein
6.4	Organisation von Autorenlesungen
6.5	Bürgernahe Kunst, Austausch von Werken von Hobbykünstlern und SchülerInnen mit Partnerstädten, ebenso Theater
6.6	Kulturelle , künstlerische Gestaltung der Stadt durch BürgerInnen und SchülerInnen
6.7	Ausweitung der "Sommersprossen" in Zusammenarbeit mit Kleinkunstanbietern
6.8	Anschreiben aller Galerien und freischaffenden Künstlern zu einem gemeinsamen Diskussions- und Planungstreffen Ausloten von Interessen und weiterem Vorgehen im Bezug auf die kulturelle Gestaltung der Stadt
6.9	Kultur ins Alte Hallenbad, Förderung von privater Initiative dazu
6.10	Jugendkunstscheule, Zusammenarbeit zwischen Schulen und Freien Anbietern
6.11	Künstler an die Schule, Schüler in die Stadt
6.12	Verbindung von Musik und bildender Kunst
6.13	Nicht kommerzieller Kunstmarkt zur Verbreitung und Austausch von selbstgemachter Kunst
6.14	Theaterjugendring
6.15	Bibliothekszentrum und Stadtarchiv weiter ausbauen
6.16	Aufstellung von BürgerInnen und SchülerInnen gemachten Kunstwerken an verschiedenen dazu geeigneten Stellen der Stadt
6.17	Erweiterung des künstlerisch kreativen Angebotes (Musik, Theater u.a.) für Kinder und Jugendliche

7.1 Behindertengerechter Ausbau öffentlicher Gebäude und Bereiche in Friedberg
7.2 Angebot von betreuten Jugendwohngemeinschaften für Jugendliche, die nicht mehr zu Hause leben können
7.3 Schaffung eines Behindertenbeirates für Partizipation an Planung und Ausführung
7.4 Integration von Behinderten in Schulen und Kindertagesstätten auf Wunsch der Eltern
7.5 Ortsnahes Angebot von Sonderschulen und anderen Förderungsmöglichkeiten
7.6 Unterstützung von Behindertenwohngemeinschaften durch die Nachbarschaft und Schaffung neuer WG's und Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze für Betroffene
7.7 Schaffung von Schulpatenschaften, Gestaltung gemeinsamer Schulfeste zwischen allgemeinbildenden Schulen, Sonderschulen und Behindertenschulen
7.8 Schaffung von Hospitationsmöglichkeiten für SchülerInnen

8.1 Erhalt und Ausbau des Bürgerbüros
8.2 Politiker stellen sich den Fragen von Jugendlichen in besonderen Veranstaltungen
8.3 Schulklassen werden in Führungen durch die Stadtverwaltung geleitet und dort informiert
8.4 Benennung eines/r Jugendbeauftragten als Scharnier zwischen Verwaltung / Politik und partizipierenden Jugendlichen / Jugendgruppen
8.5 Tag der offenen Tür im Rathaus für die BürgerInnen 1 mal im Jahr
8.6 Kinder und Jugendliche erleben die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, des Magistrats; Jugendliche sollten bei den sie betreffenden Themen eingeladen werden
8.7 Führungen und Information durch historische Gebäude, die von Behörden genutzt werden
8.8 Schulung der Bediensteten im Umgang mit BürgerInnen und Jugendlichen

9 Fachhochschule
10 Frauenanteile in allen Bereichen erhöhen
11 Gesundheitsförderung (im Krankenhaus und durch Gesundheitszentren)
12 Maßnahmen für die Zielgruppe Senioren entwickeln
13 Maßnahmen für die Zielgruppe Behinderte entwickeln
14 Sportliche Angebote
15 Maßnahmen durch Schulen entwickeln
16 Maßnahmen durch Vereine entwickeln
17 Kaiserstraße mit wertvoller historischer Bausubstanz aufwerten
18 Erziehung zur Sauberhaltung der Stadt und Eigeninitiative im Engagement für das Stadtbild durch Elternhäuser und Schulen
19 In Kooperation des Landkreises und der Schulen werden Turnhallen errichtet und die Schulen gepflegt
20 Die Bereiche Musik, Kunst, Essen werden (frauenspezifisch) vernetzt
21 Kinder und Jugendliche werden zu Gestalten und Kunst angeregt

22 Öffentliche Gebäude und Geschäfte werden Behinderten zugänglich gemacht
23 Effizienz bei ehrenamtlicher Arbeit der Angebote freier Träger steigern
24 Die Stadt nimmt Einfluss auf Geschäfte und Gastronomie zu behindertengerechter Gestaltung
25 Schaffung von Kinder- und Jugendbeauftragte (Konferenz)
26 Schaffung von Integrations-Beiräten (Ausländer, Senioren, Behinderte) (Konferenz)
27 Betreuungsangebote für Kinder (Konferenz)
28 Angebote für Gesundheitsförderung (Konferenz)
29 Angebote für ein gemeinsames Wohnen im Alter (Konferenz)
30 Bessere Absprache der verschiedenen Veranstaltungen untereinander; führen eines Veranstaltungskalenders (Konferenz)

C. Siedlung, Wirtschaft und Ortsteile:

1. Die nachhaltige Flächennutzung wird gefördert
2. Arbeitsplätze in der Nähe des Wohnortes werden gefördert.
3. Entschärfung problematischer Stellen im Verkehr mit Bürgerbeteiligung bei der Planung
4. Von landwirtschaftlichem Verkehr genutzt Straßen dürfen eine Breite von 3 Metern nicht unterschreiten (durch parkende Autos, Blumenkübel, verkehrsberuhigende Maßnahmen)
5. Selbstverpflichtung motorisierter Verkehrsteilnehmer, nur erlaubte Wege zu benutzen (trotzdem auch bessere Kontrolle)
6. Parkplätze vor Arztpraxen für Patienten, d.h. Bevorzugung vor anderen VerkehrsteilnehmerInnen
7. Bessere und billigere Anbindung an die Kernstadt durch bessere und billigere öffentliche Verkehrsmittel
8. Bessere Radwegeanbindung der Ortsteile an die Kernstadt
9. Durchgehender Fahrradweg an der Kaiserstraße
10. Befestigung von Feldwegen für Landwirtschaft und Radfahrer, Ausbau schon vorhandener Wege
11. Erhalt der Grundversorgung in den Ortschaften (Lebensmittel und ähnliches)
12. BürgerInnen kümmern sich um das Erscheinungsbild ihrer Ortsteile
13. Durch Maßnahmen NeubürgerInnen integrieren – Patenschaften für NeubürgerInnen
14. Unterstützung von dörflichen Einrichtungen, Betrieben, Dienstleistungsunternehmen und Landwirtschaft durch die BürgerInnen
15. Erstellung von Verzeichnissen der örtlichen Angebote
16. Unterstützung der Dorfschänke Bauernheim
17. Treffpunkte für Alt und Jung
18. Bürgerbefragungen bei wichtigen Entscheidungen
19. Reinigung der Wetter
20. Erhalt einer kinderfreundlichen Umgebung
21. Förderung der Aktivitäten des Einzelhandels
22. Vorbildliche Leitungen in Denkmalpflege und Sanierung werden durch Zuschüsse belohnt
23. Verstöße gegen städtische Vorgaben in Denkmalpflege und Sanierung werden geahndet
24. Die Stadt unterstützt Initiativen und Gruppen, die sich für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung einsetzen. (z.b. Stadtmarketing)
25. Städt. und öffentl. Einrichtungen (Verwaltung, Schulen) verwenden fair gehandelte Produkte (z.B. Kaffee, Tee), auch bei Festen und Veranstaltungen (Konferenz)
26. Längere Öffnungszeiten in der Innenstadt (Konferenz)
27. keine Großmärkte auf der grünen Wiese

D. Verkehr

1. Erstellung eines ganzheitlichen Verkehrskonzeptes
2. Ausbau des Fußgängernetzes
3. Wo noch nicht geschehen, werden an Straßenquerungen die Bürgersteige abgesenkt
4. Bürgersteige dort verbreitern, wo Fußgängerverkehr in beiden Richtungen nicht problemlos stattfinden kann
5. Dorheim und Bruchenbrücken werden an das Radwegenetz angeschlossen
6. die zu den Nachbargemeinden Rossbach und Wöllstadt fehlenden Radwege werden gebaut
7. Auf der Kaiserstraße wird von der Ockstädter Kreuzung bis zur Burg der bereits geplante Radweg gebaut
8. Fahrradständer werden an allen Behörden, Praxen, Kanzleien, Geschäften usw. angeboten
9. einmal jährlich gibt es eine Aktion für Spaß mit Rad, wofür die wichtigen Straßen der Stadt gesperrt werden
10.Reduzierung der Parkplätze
11.bessere Parkraumbewirtschaftung durch die Ausdehnung des gebührenpflichtigen Parkraumes
12.In den Wohngebieten werden verkehrsberuhigte Bereiche eingerichtet.
13.Der Bau von Umgehungsstraßen wird überprüft und gegebenenfalls zeitnah durchgeführt.
14.Das Bussystem wird an die P+R-Flächen angebunden.
15.Straßenführung (Einbahnstraßen) wird überprüft, um einen besseren Verkehrsfluss herzustellen.
16.Straßen- und Hinweisschilder werden überprüft und besser positioniert.
17.Experten (z.B. Verkehrspolizei) werden bei der Verkehrsplanung um Erfahrungen und Rat gefragt.
18.Fahrbahn- und Gehsteigbeläge werden so erneuert, dass die Verkehrssicherheit gewährleistet ist. Denkmalschutzbelange werden dabei berücksichtigt.
19.In der Verkehrsführung wird auf ein ausgewogenes Miteinander von Fußgängern, Fahrrad, Bus, Bahn und PKW geachtet. Unnötige Gefahrenquellen (z.B. Poller) werden gegebenenfalls beseitigt.
20.Verkehrsbelastungen werden möglichst gleichmäßig verteilt.
21.In den Hauptverkehrsstraßen wird eine möglichst zügige Durchfahrt ermöglicht.
22.Über Kopfsteinpflaster der Kaiserstraße fährt kein Radfahrer freiwillig (Konferenz)
23.Pendelverkehr durch kleine Stadtbusse ca. 20 Min. (Konferenz)
24.innerstädtische Logistik mit Warenwagen (Supermarkt) realisieren zwischen Innenstadt und Parkhaus/-platz / holen – bringen (Konferenz)
25.Die Frage, vor der sich nicht gedrückt werden sollte, lautet: Kaiserstrasse für Auto gesperrt oder nicht? (Konferenz)

E. Energie und Ressourcen

1. Förderung von Nutzung der thermischen und elektrischen Solarenergie
2. Nutzung der Solarenergie auf allen öffentlichen Gebäuden, die dafür in Frage kommen
3. höchstmöglicher Einsatz von CO2 freier und erneuerbarer Energieträger
4. Beseitigung von Lichtverschmutzung bei Straßenbeleuchtung und öffentlichen Gebäuden
5. Die Stadt und die Bürgern stellten Kontakte zur OVAG (Anbieter von Solaranlagen) her.
6. Für öffentliche Gebäude wird ein Wärmecontracting zur Energieeinsparung durchgeführt